



Presseerklärung zu DE vom 9.5.2019 „Minister droht Schülern mit Bußgeld“

FFF-Klimawandelproteste: Minister Lorz verliert die pädagogische Kontenance

Noch Anfang April sagte Kultusminister Alexander Lorz beim Besuch am Darmstädter Ludwig-Georgs-Gymnasium, dass er selbst auf die Freitagsdemos gehen würde, wenn er noch jung wäre, und gab sogar praktische Tipps: „Aber ich würde mir eine große Demonstration aussuchen, die einen großen politischen Effekt hätte, um ein Zeichen zu setzen.“ Er freute sich, dass die junge Generation heute so politisch aktiv sei.

Das aber ist jetzt Geschichte. Schon nach wenigen Freitagsdemonstrationen verliert Minister Lorz scheinbar die Nerven und ist mit seiner „pädagogischen Geduld“ am Ende.

Offensichtlich hat man die Entschlossenheit und Ausdauer der jungen Kritiker*innen der Klimapolitik und die damit einhergehenden Sympathiebekundungen - von vielen Eltern bis hin zu anerkannten Wissenschaftler*innen - unterschätzt.

In der 1. Phase „Wohlwollendes Verständnis“ dachte man wohl noch, es handle sich hier um eine Eintagsfliege, und die Schüler*innen hätten - pfiffig wie die jungen Leute nun mal sind - einen Vorwand entdeckt, um mal so richtig schön zu schwänzen, und das Ganze würde sich sicherlich schnell wieder beruhigen. Daher gaben viele zunächst den verständnisvollen Erwachsenen und begegneten der neuen Bewegung mit betont wohlwollendem Verständnis. Analog zum Wolf, der Kreide fraß.

Nun kam es aber anders. Es wurde bereits nach mehreren Demos klar, dass es sich hierbei nicht um das erhoffte Strohfeuer handelte, sondern dass die jungen Leute mit überraschender Ausdauer und Überzeugung - selbst bei schlechtem Wetter und sogar in den Ferien - auf die Straße gingen. Jetzt in Phase 2 „Unruhe und Verunsicherung“ meldeten sie sich plötzlich alle, vom neoliberalen Lindner bis hin zu den konservativen Ordnungsfetischisten mit dem Ruf nach Einhaltung von Recht und Gesetz, alle sichtlich beunruhigt. Die Verbalattacken wurden schärfer: Das Thema sei inhaltlich für Kinder und Jugendliche zu komplex, man solle dies den Profis überlassen, Schulpflicht gehe vor allem und sei erste Schüler*innenpflicht, sogar Dankbarkeit für unser tolles Bildungssystem wurde eingefordert, bis hin zu - in Anlehnung an den Klassiker „Geht doch erst mal arbeiten!“ aus den 60er Jahren - „die Schüler*innen sollten doch erst mal was in der Schule lernen und sich danach in der Freizeit oder wenn sie dann mal „erwachsen“ sind, mit diesem sicherlich so wichtigen Thema auseinandersetzen“.

Und heute, da bereits die nächsten Termine für weitere Freitagsdemos anstehen, kommen die Verantwortlichen der „Erwachsenenwelt“ allmählich ins Schwitzen und in Erklärungsnot. Müssen sie sich doch zu Recht vorwerfen lassen, auf die eindrucksvollen Apelle tausender junger Menschen nur mit geheucheltem Verständnis reagiert, ohne dabei auch nur ansatzweise konkrete Vorschläge gemacht zu haben.

Was fällt den pädagogischen Heuchlern mit eingeschränktem Klima-Sichtfeld in ihrer Hilflosigkeit als letzte Lösung ein? Die autoritäre Nummer. Wir befinden uns jetzt in Phase 3 „Einschüchterung und offene Drohungen“. Man zeigt sein wahres Gesicht.

In der Antwort auf eine FDP-Anfrage hört sich unser vormals liberale Minister Lorz jetzt ganz anders an. „In bedenklicher Weise“, allein der Aufmerksamkeit willen, sieht er nun die Schulpflicht relativiert. Ordnungswidrigkeitsverfahren, die Bußgelder nach sich ziehen können, werden als Gegenmaßnahme in Aussicht gestellt, und selbst das Mittel des Jugendarrests geistert durch die

Pressemeldungen. Dabei sind solche Verfahren laut Hess. Schulgesetz erst dann anzuwenden, wenn sogenannte schulische Ordnungsmaßnahmen keine Wirkung gezeigt haben. Diese wiederum werden eigentlich nur bei einer erheblichen „Störung des Schulalltags“ bzw. des Unterrichtes oder bei der Gefährdung oder zum Schutz einzelner Personen angedroht bzw. angewendet. Diese Verfahren unterliegen dabei strengen Auflagen und bleiben immer eine Prüfung des Einzelfalles. Die Verhängung von Bußgeldern geschieht nur in Absprache mit den Schulaufsichtsbehörden und ist eigentlich die Ultima Ratio bei notorischen Schulschwänzer*innen, wovon man bei der gelegentlichen Teilnahme an einer Demo nun wirklich nicht ausgehen kann.

Da wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen und das im Stil eines autoritären Konservativen nach dem bewährten Motto „Wer nicht hören will, muss fühlen“. An der pädagogischen Kompetenz derjenigen, von denen sich der Minister beraten lässt, darf berechtigt gezweifelt werden.

Das Ziel ist klar: Es wird bewusst versucht, Eltern und Schüler*innenschaft in Angst und Schrecken zu versetzen, in einem Atemzug wird Fehlen im Unterricht mit strafbarem Handeln assoziiert und damit der Protest kriminalisiert. Von Verständnis keine Spur mehr.

Die GEW Darmstadt verwahrt sich gegen diese völlig unverhältnismäßigen und noch dazu rechtlich vermutlich kaum durchsetzbaren Drohungen, insbesondere gegen die Gleichsetzung der in der Schule fehlenden politisch aktiven Schüler*innen mit jugendlichen Kriminellen!

Ein Minister, der in diesem Tempo seine Meinung ändert, nur um vermutlich vor den Europawahlen den autoritär strukturierten Kritikern gefallen zu wollen, ist ein Wendehals und in der Funktion als Kultusminister untragbar. Politische Bildung ist ein hohes Gut und muss von einem Kultusminister gefördert werden, anstatt sie zu verhindern, indem man die Rechtskeule schwingt!

Mit Glaubwürdigkeit hat das nichts mehr zu tun und das Bildungsziel „Erziehung zum mündigen Bürger“ wird auf diese Weise ad absurdum geführt. Armes Hessen.

Auch für die **GEW Darmstadt** ist die Schulpflicht selbstverständlich, dennoch begrüßt die **GEW** nach wie vor das Engagement der Schülerinnen und Schüler für den Schutz des Klimas im Rahmen der Bewegung „Fridays for Future“. Die erregte Diskussion über Sanktionen für Demonstrierende während der Unterrichtszeit soll vom eigentlichen Anliegen der Schülerinnen und Schüler ablenken.

Man kann Maïke Wiedwald, Vorsitzende der **GEW Hessen**, nur zustimmen: „Von den politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen erwartet die **GEW**, dass die Anliegen der Schülerinnen und Schüler ernsthaft aufgegriffen und in politische Maßnahmen umgesetzt werden.“ Und Tony Schwarz, stellvertretender Vorsitzender, merkt zu Recht an: „Würden die jungen Menschen, würden wir alle sehen, dass die Politik ernst- und glaubhaft die drängenden Klimaprobleme anginge, wären die Freitagsdemos schon bald nicht mehr nötig. Das rasche Verfallsdatum solcher Lippenbekenntnisse wie die von Herrn Lorz tragen hingegen nichts zur Lösung der Probleme, wohl aber zur zunehmenden Politik(er)verdrossenheit bei.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Kontakte zur GEW-Darmstadt:	Klaus Armbruster, armbruster.klaus@web.de Christine Just, Just.Christine@t-online.de Andrea Zeiter, zeit-a@web.de
-----------------------------	---

Impressum:

Herausgeber:

Verantwortlicher Redakteur:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Darmstadt
Klaus Armbruster, Carsonweg 61, 64289 Darmstadt